



Das Haus Landsberger Allee 563, das erste durch die Rote Armee befreite Haus von Berlin, ist sanierungsbedürftig und wurde jetzt leergezogen. Wir fordern den Erhalt des Gedenkortes!

Foto: Angela M. Arnold

Inhalt

- Nazi-Mord an Burak B.?
- Ergebnisse des AfD-Parteitag
- Martin Riesenburger zum 120.

- Fest in Treptow zum 9. Mai
- Protest vor lettischer Botschaft
- Neue Bios zum Widerstand
- Friedensglockengesellschaft

- Das Zwangslager Marzahn
- NEA: »Aktion T4« in Berlin-Buch
- Gedenkstättenfahrt nach Slonsk
- Termine und Veranstaltungen

Mord an Burak Bektaş – Motiv Rassismus?

Gedenkdemonstration zum vierten Todestag fordert Aufklärung

Die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş arbeitet als Zusammenschluss verschiedener antirassistisch und antifaschistisch organisierter Menschen seit Sommer 2012 daran, die Familie zu unterstützen, den ungeklärten Fall im öffentlichen Bewusstsein zu halten und die ermittelnden Behörden unter Druck zu setzen. Im Rahmen von Veranstaltungen, Pressearbeit, eigenen Veröffentlichungen, monatlich stattfindenden Mahnwachen und jährlichen Demonstrationen fordert die Initiative seit ihrer Gründung konsequente Ermittlungen in Richtung eines möglichen rassistischen Tatmotivs. Wichtig ist dabei die enge Zusammenarbeit mit der Familie und auch den Freundinnen und Freunden von Burak. Am Samstag, den

Prozess vor dem Berliner Landgericht in Moabit. Da es schon in den Ermittlungsakten zum Mord an Burak Hinweise auf Rolf Z. als möglichen Tatverdächtigen gab und weitere Parallelen in beiden Mordfällen erkennbar sind, entschied sich die Initiative, für die Aufklärung des Mordes an Burak die Demonstration in diesen Kontext zu stellen.

Vier Jahre sind seit dem Angriff vergangen, bei dem Burak Bektaş am 5. April 2012 erschossen und zwei seiner Freunde lebensgefährlich verletzt wurden. Vier lange Jahre voller Schmerz, Trauer und Wut für Familie, Freundinnen und Freunde. Vier Jahre, in denen es der Polizei nicht gelang, den Fall aufzuklären – bis heute gibt es laut Ermittlungsbehörden »keine Spur zum Täter«.

In der Nacht zum 20. September 2015 wurde in der Neuköllner Ringbahnstraße der 31-jährige britische Jurist Luke Holland erschossen. Nach bisherigem Kenntnisstand hatte es zuvor wie auch bei dem tödlichen Angriff auf Burak und seine Freunde keinen Kontakt zwischen Täter und Opfer gegeben. Der Täter war unmittelbar nach dem Mord dabei beobachtet worden, wie er sich mit der Tatwaffe verhältnismäßig ruhig vom Tatort entfernte. Am darauf folgenden Abend wurde als mutmaßlicher Mörder der 62-jährige Rolf Z. festgenommen, der in unmittelbarer Nähe des Tatortes wohnt. Personen aus seinem Umfeld gaben an, dass Rolf Z. schon längere Zeit im Besitz von Schusswaffen gewesen sei. In der Tatnacht hatte er sich in der Bar, vor der der Mord geschah, klagend und abfällig über die »Ausländer« dort geäußert, dass dort keiner mehr richtig Deutsch spräche. Erst durch die Presseberichterstattung wurde bekannt, dass in seiner Wohnung in einem »Herrenzimmer« etliche Nazi-Devotionalien zur Einrichtung gehörten. Die Behörden halten sich in ihren Angaben diesbezüglich bedeckt. Auch wenn Rolf Z. bisher weder Antifa-Recherchegruppen noch den Behörden als organisierter Rechter bekannt ist, stellt sich mit Blick auf den seit 14. März 2016 gegen ihn laufenden Prozess die Frage, ob er analog zu rechten/rassistischen Terror-Konzepten als Einzeltäter gemordet haben könnte. Rolf Z. sitzt seit September 2015 in Untersuchungshaft und schweigt zu den Vorwürfen. Nach Hinweis der Burak-Initiative auf Parallelen zwischen den beiden Morden stießen die Anwälte von Familie Bektaş darauf, dass Rolf Z. bereits in der Akte zum Mordfall Burak Bektaş als möglicher Tatverdächtiger erfasst worden war: Ein Hinweisgeber hatte Ende 2013 Rolf Z. als möglichen Täter benannt, weil dieser ihn einige Jahre zuvor nach scharfer Munition gefragt hatte. Zudem habe der Hinweisgeber Rolf Z. damals in die Nähe des Krankenhauses Neukölln gefahren, wo sich dieser mit seinem Bruder »zum Rumballern« habe treffen wollen. Im Mordfall Burak Bektaş ist die zuständige Mordkommission dem Hinweis auf Rolf Z. nicht angemessen nachgegangen.

Patrick Engel



Foto: PM Ceang

Gedenkdemonstration in Neukölln am 9. April 2016

9. April 2016, hatte die Initiative zur Gedenkdemonstration anlässlich des vierten Todestages von Burak aufgerufen. Die Demonstration begann in der Rudower Straße gegenüber dem Krankenhaus Neukölln an der Stelle, an der Burak durch Schüsse aus der Waffe eines bis heute unbekannten Täters ums Leben kam. Die Route der Demo endete am S-Bahnhof Neukölln in unmittelbarer Nähe der Ringbahnstraße. Dort wurde am 20. September 2015 der Brite Luke Holland vermutlich aus rassistischer Motivation erschossen. Gegen den mutmaßlichen Täter Rolf Z. läuft zur Zeit der

Der tödliche Angriff auf Burak und seine Freunde hatte sich nur wenige Monate nach Auffliegen des NSU ereignet und zeigt im Tathergang Parallelen zur neonazistischen Mordserie: Es gab keine Beziehung und keinen vorherigen Kontakt zwischen den Opfern und dem Täter – die Schüsse erfolgten für die Opfer vollkommen unvermittelt. Laut Aussagen der Überlebenden handelte es sich bei dem Täter um einen 40- bis 60-jährigen weißen Mann. Die Opfer waren Neuköllner Jugendliche, deren äußere Merkmale sie möglicherweise zur Zielscheibe rassistischer Zuschreibung werden ließen.

Das Blaue vom Himmel

Die Berliner »Alternative für Deutschland«

Auch in Berlin will die rechtspopulistische AfD im September in die Parlamente einziehen. Gerade mal drei Jahre brauchte die Partei seit ihrer Gründung 2013, um in das Europaparlament (2014), in acht Landtage und ungezählte Kommunalparlamente einzuziehen. Nicht nur rund zwölf Prozent der Wähler und Wählerinnen würden heute bundesweit ihr Kreuz bei dieser »neuen Kraft rechts von der CDU« machen, auch die Medien haben einen Narren an den kalkulierten Skandalen gefressen. Das Konzept der AfD funktioniert.

Drei Punkte waren für den Erfolg der AfD ausschlaggebend: Zunächst die nicht wirklich bedauernswerte rechtskonservative Repräsentationslücke, die letztlich dem gesellschaftlichen Wandel geschuldet ist. Dann die entsetzlich breite Ratlosigkeit, um Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden und am Ende sicher ein rechtspopulistischer Politikstil, der einfache Antworten auf komplexe Fragen – schlicht »das Blaue vom Himmel« – verspricht. Ein gefährliches Freund-Feind-Schema wird zur Mobilisierung zumeist ungerechtfertigter (Verlust-)Ängste propagiert, um sich im gleichen Atemzug als Alternative zur etablierten Politik darzustellen. Doch was ist tatsächlich von der Partei im Berliner Wahlkampf zu erwarten?

Programmatik

Auf dem Programmparteitag Mitte März in Hohenschönhausen und Anfang April in Tiergarten haben rund 150 der 1.000 Berliner Parteimitglieder ein Programm beschlossen, das wenig Überraschungen enthält. Die wichtigsten Punkte sind sicherlich das nun im Programm festgehaltene »Kopftuchverbot für alle« auch für Schülerinnen und Studentinnen, das Adoptionsverbot für Schwule und Lesben, die weitere Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen und die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre. Die Einführung einer Freiwilligen Polizeireserve und die Aufnahme des Tatmotivs »Deutschenfeindlichkeit« sollen die Stadt sicherer machen. Zum Thema Integration (bzw. Zwangsinteg-

ration und Abschottung) ist die Berliner AfD auf Bundeslinie: Abkehr von der europäischen Freizügigkeit, Aufnahme-stopp und Beendigung der Unterbringung von Asylsuchenden, schnellere Abschiebungen usw. Gegen die »Lügenpresse« will die AfD den Rundfunkbeitrag abschaffen. Und auch die Energie-wende will man zurückdrehen und lieber auf Atomstrom und Kohle setzen. Ansonsten enthält das Programm Aspekte arrivierter neoliberaler Wirtschafts- und konservativer Bildungspolitik. Doch was nutzt die Analyse eines Wahlprogramms, wenn es von Demagogen geschrieben ist, um der Masse zu gefallen? Deshalb ist der Blick auf das Personal entscheidender.

CDU/FDP, Junge Freiheit, Militär

Im Januar wurden die Berliner Landesvorsitzenden der AfD für den Wahlkampf ausgetauscht. Beatrix von Storch (früher von Oldenburg), Frontfrau der Anti-Feministen und Gutsherrencliquen, sitzt bereits im Bundesvorstand der Partei, im Europaparlament und ist mit ihrem Mann Betreiberin mehrerer neurechter Portale und Vereine. Soweit eindeutig. Der ihr zur Seite gestellte Georg Pazderski, der unter Bernd Lucke Bundesgeschäftsführer der AfD war, kann einen anderen Lebenslauf vorweisen: Erst BWL-Studium, dann viele Jahre bei der Bundeswehr, bis 2010 als Sicherheitsberater an die US-Army ausgeliehen

und danach auch noch Sicherheitsberater für die EU. Diese neue Doppelspitze aus Adel und Militär hat die Immobilienverwalter im Vorstand abgelöst. Jetzt finden sich dort der Rechtsanwalt Hans-Joachim Berg (ehemaliges CDU-Mitglied), die Marzahner Flüchtlingsgegnerin Jeanette Auricht, der Tegeler Zahnarzt Carsten Ubbelohde und der Berliner Chef der Jungen Alternativen, Thorsten Weiß (Zeitsoldat, BWL-Studium, Burschenschafter). Der ehemalige FDP-ler Roland Gläser, ein Ressortleiter bei der Jungen Freiheit, ist der Landespressesprecher. Außerdem im Vorstand sind Frank-Christian Hansel (AfD-Fraktionsgeschäftsführer im Brandenburger Landtag), Hugh Bronson (Sprachlehrer an der Hartnackschule) und der Köpenicker Martin Trefzer (Sudetendeutsche Gesellschaft e.V., Junge-Freiheit-Autor). Auch in den Bezirksvorständen überwiegen die ehemaligen CDU- bzw. FDP-Mitglieder, Zahnärzte und Rechtsanwälte. Also alles Leute, die entweder zum gehobenen Mittelstand gehören oder zumindest Erfahrung in sogenannten Altparteien besitzen. Im Wahlkampf werden wir nicht umhin kommen, ihren Populismus zu entlarven, ihren oftmals gravierenden Abstand zur eigenen Basis und Bezüge zu extrem rechten Strukturen offenzulegen. Dafür wird es genügend Anlässe geben.

Markus Roth,
Aktionen gegen die AfD
in Berlin: nika.mobi/berlin



Das Haus Landsberger Allee 653

Gedenkort »Erstes befreites Haus Berlins« muss bleiben

Am 21. April 1945 überschritt die Erste Einheit der 5. Stoßarmee unter Generaloberst Nikolai Erastowitsch Bersarin – der spätere Stadtkommandant von Berlin – bei Marzahn die Berliner Stadtgrenze. Es begann die Befreiung des Berliner Stadtgebietes. Die schweren Kämpfe dauerten noch zwölf lange Tage und Nächte, bis die Nazis kapitulierten und das Berliner Stadtgebiet befreit war – zwölf Tage Häuserkampf mit ungezählten Opfern.

In den siebziger und achtziger Jahren entstand in dem bis dahin ländlichen Gebiet das Neubauviertel Marzahn. Kurz vor der Stadtgrenze Berlins steht ein Haus der ursprünglichen Bebauung, ein einstöckiges Wohnhaus, gebaut um das Jahr 1900. Es ist das Haus Landsberger Allee 563. Ein geschichtsträchtiges Haus, das im Besitz des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf ist und unter Denkmalschutz steht: das erste von den Nazis befreite Haus Berlins. 1985 wurde an seinem Ost-Giebel ein kleiner Gedenkort

eingerrichtet, um daran zu erinnern, dass an dieser Stelle die Befreiung der Stadt begonnen und wie viele Opfer dies gekostet hat. Eine nahe Brücke über die Wuhle trägt den Namen Bersarins.

Das Haus, das bis zum 1. März 2016 für die Erziehungs- und Familienberatung Marzahn-Hellersdorf genutzt wurde, ist dringend sanierungsbedürftig. Die Erziehungs- und Familienberatung ist nun ausgezogen, das Haus steht leer. Die Sanierungskosten werden auf 600.000 Euro geschätzt, Geld, das der Bezirk nicht hat. Das Bezirksamt will nun das Haus verkaufen bzw. an den Landesimmobilienfonds geben.

Was wird dann aus dem Gedenkort? Dieser hat, wenn er auch wenig bekannt ist, berlinweite Bedeutung.

Auf ihrer Februar-Sitzung nahm die Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf einen Antrag der Fraktion der Linken an, in dem es heißt:

»Das Bezirksamt wird ersucht, alle Möglichkeiten einer anderweitigen Fi-

nanzierung der Sanierung des Hauses Landsberger Allee 563 nachdrücklich zu prüfen. Des Weiteren wird das Bezirksamt ersucht, im Falle einer Veräußerung des Objekts darauf hinzuwirken, dass der Erhalt der Gedenkstätte gesichert wird.« Dieser Beschluss und der Denkmalschutz für das Haus sind eine gute Grundlage, um den Gedenkort zu schützen. Doch Aufmerksamkeit ist geboten. Wichtig ist jetzt, starkes öffentliches Interesse am Erhalt des Hauses und der Gedenkstätte zu wecken und die weitere Entwicklung kritisch zu beobachten.

Vorgesehen ist jetzt eine öffentliche Begehung des Hauses, um die wahrscheinlichen Sanierungskosten noch einmal konkreter abzuschätzen.

Eine gute Beteiligung an der Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung des Hauses am 21. April 2016 um 17 Uhr wäre ein starkes Signal des öffentlichen Interesses. Gemeinsam sollte es uns doch gelingen, diesen Gedenkort zu erhalten.

Edith Pfeiffer

71 Jahre Befreiung vom Faschismus

Wir freuen uns, auf unserem Fest als Zeitzeugen Oleksandr Danylovich Bychok (*1925) aus Kiew (Ukraine) – er überlebte das KZ-Buchenwald – und Petr Alae (*1922) aus Riga (Lettland) – er nahm an der Operation zur Befreiung Berlins teil – begrüßen zu können!

Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass unsere Idee, auch in Berlin den 9. Mai als Tag des Sieges über den Faschismus zu feiern, so erfolgreich sein könnte. Was als kleines, beinahe privates Fest begann, ist heute ein großes fröhliches Volksfest mit großem Zuspruch gerade auch aus der russischsprachigen Community in Berlin. Hier wird »Völkerfreundschaft« beim Wort genommen! Und so wimmelt es auf unserem Fest von Menschen aus aller Welt, die gemeinsam essen, trinken, feiern und nicht zuletzt der Befreiung vom Faschismus und der vielen Opfer, die gerade die Menschen der Sowjetunion dafür bringen mussten, gedenken. Der 9. Mai 1945 war in Deutschland der

erste Tag des Friedens. In den letzten Jahren haben wir ein großes Banner auf Russisch, Ukrainisch und Deutsch über den Eingang unseres Festes gehängt: »Solidarität statt Nationalismus!« Das soll auch in diesem Jahr eines unsere Leitmotive sein: »Besinnt Euch! Erstickt Euren Hass, redet miteinander, statt aufeinander zu schießen! Hört auf uns, die in faschistischen Lagern das wenige Brot miteinander teilten.« – Dieser Appell ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener an die Bürgerkriegsparteien in der Ukraine hat uns tief beeindruckt.

Neben Informations- und Bücherständen, Führungen zum Sowjetischen Ehrenmal, einem Kinderfest und russischer Küche wird es ein deutsch-russisches Kulturprogramm mit der Internationalen Musik und Singegruppe Impuls Gropiusstadt, Trio Scho? (Russian Swing aus Berlin und Odessa), Bruno Punani (BalkanBeats), 44 LENINGRAD (Russian Speedfolk) geben.

BO 8. Mai der Berliner VVN-BdA



9. Mai 2016, ab 15 Uhr!

Am Treptower Park, beim Eingang zum Sowjetischen Ehrenmal

(Höhe Botschaft der Republik Belarus)

P.S.: Unterstützung für unser Fest ist natürlich heiß begehrt und auch notwendig. Wir freuen uns über Kuchenspenden für unser Antifa-Café und auch tatkräftige Unterstützung am Tage selber.

Protest vor der lettischen Botschaft

Antifa Gruppe organisierte Kundgebung in Berlin gegen das SS-Heldengedenken in Riga

Im Zuge des Protests der VVN-BdA und anderer Organisationen und Einzelpersonen gegen das SS-Heldengedenken in Lettland hatte die Antifa Koordination Westberlin in Kooperation mit der VVN-BdA zu einer Kundgebung vor der lettischen Botschaft für 18.00 Uhr aufgerufen.

Eigentlich war die Kundgebung als kleine Unterstützung für die Aktivisten vor Ort gedacht, und um den zu Hause Gebliebenen eine Möglichkeit zu geben, ihren Protest zu artikulieren. Wie richtig und notwendig diese Kundgebung war, stellte sich heraus, als fünf unserer Mitglieder in Riga festgenommen und außer Landes geschafft wurden. Die bereits geplante Kundgebung vor der Botschaft erlaubte es uns, auf diese Entwicklung kurzfristig und gut zu reagieren. Unsere Bundesvorsitzende Cornelia Kerth, der schon in Hamburg die Einreise nach Lettland verwehrt worden war, nahm an der Kundgebung teil und hielt einen kurzen Redebeitrag mit den aktuellen Informationen aus Lettland. Ebenso anwesend waren Vertreter der Jüdischen Gemeinde und antifaschistischer Grup-

pen. Insgesamt war der Altersdurchschnitt der 40 anwesenden Personen für VVN-BdA-Verhältnisse recht niedrig. Das mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass die Kundgebung erst um 18.00 Uhr stattfand, so dass auch werktätige Menschen teilnehmen konnten. Leider hatte das jedoch zur Folge, dass in der lettischen Botschaft kein Licht mehr brannte und unsere Worte damit kaum Gehör gefunden haben dürften. Allerdings waren wir in der Lage, noch einige interessierte Anwohner zu informieren. Trotzdem war die Kundgebung aus meiner Sicht ein Erfolg, insbesondere wenn man bedenkt, dass in der momentanen politischen Situation die wenigen aktiven antifaschistischen Strukturen heillos überlastet sind.

Fazit:

- Die Kundgebung vor der Botschaft war ein wichtiges taktisches Mittel, um gegenüber der lettischen Regierung Druck aufzubauen.
- Die Kooperation mit der Antifa Koordination Westberlin hat funktioniert und sollte, wenn möglich, ausgebaut werden.

• Bei der nächsten Planung einer solchen Veranstaltung sollten die Botschaftsöffnungszeiten berücksichtigt werden.

• Es lohnt sich, Veranstaltungen später anzufangen und damit die Teilnahme jüngerer Menschen zu ermöglichen.

Florian Gutsche



Foto: Wilhelm Girod

Exil als Paradigma menschlicher Existenz

Die neue Wanderausstellung »Deutschland muss leben, deshalb muss Hitler fallen!« zur weltweiten Bewegung »Freies Deutschland« wurde am 7. April in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eröffnet. In seiner Einführung verwies deren Leiter Prof. Dr. Johannes Tuchel auf die schon in den 80er Jahren geführte kontroverse politische Diskussion in der Bundesrepublik um das Nationalkomitee und die Bewegung »Freies Deutschland«, die erneut in den 90er Jahren ausbrach, nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer ersten von der DRAFD erarbeiteten Ausstellung.

Umso bemerkenswerter, dass die jetzt überarbeitete Ausstellung in Kooperation mit der VVN-BdA entstand. André Lohmar (ehemals DRAFD, VVN-BdA Berlin-Pankow) hob in seine Rede den Anteil hervor, den die Gedenkstätte Deutscher Widerstand für den Wandel der Auffas-

sung in der Forschung leistete. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass der deutsche Widerstand »eine Bewegung war, die sich durch beträchtliche Vielfalt« auszeichnete.

Die Bewegung »Freies Deutschland« stellte eine politische Koalition auf optimal breiter Grundlage dar, die vielfältiger in der damaligen Zeit gar nicht sein konnte. Ihr gehörten sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten, Liberale, Konservative, christlich orientierte Politiker, Republikaner aller Schattierungen und Monarchisten an.

Lohmar verwies auf die wichtigen Anregungen und Erfahrungen der Bewegung »Freies Deutschland«, obwohl sie ihr Ziel aus eigener Kraft nicht erreicht habe. »Es muss verwundern, dass im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Flüchtlingspolitik der Gegenwart zum Vermächtnis des Exils von 1933 bis

1945 keinerlei Bezug genommen wird. Nach wie vor gibt es in unserem Land Exilanten. Ursachen hierfür sind Kriege, Verfolgung Andersdenkender, Außerkräftsetzung demokratischer Grundsätze und große wirtschaftliche Notlagen in zahlreichen Regionen der Welt. Das Exil erscheint geradezu als Paradigma menschlicher Existenz. Deshalb ist es für unsere VVN-BdA ein Gebot der Stunde, sich gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Verherrlichung von Gewalt und Brutalität, gegen Tolerierung nationalistischer Umtriebe und auch gegen großmachtchauvinistische Manifestationen zu wenden«, unterstrich André Lohmar.

Die Ausstellung ist bis zum 14. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zu sehen, danach kann sie bundesweit ausgeliehen werden.

Jutta Harnisch

In Erinnerung an ...

...Willi Daebel und Minna Dohmann

Willi Daebel wurde am 14. Juni 1902 in Greifswald geboren und besuchte dort die Volks- und Mittelschule. Sein Vater war von Beruf Fleischer und besaß eine Fleischerei und ein Restaurant. Willi Daebel war nach dem Schulbesuch zunächst bis 1926 in den Betrieben des Vaters, dann bis 1930 als Arbeiter in der Rheinmetall-Borsig AG in Berlin-Tegel, Borsigdammer, und schließlich von 1930 bis 1936 in der Maschinenfabrik Prometheus in Berlin-Reinickendorf/Ost, Hauptstraße (Foto), tätig. Er wohnte in dieser Zeit in Reinickendorf, Wittestraße



74. Willi Daebel war Mitglied der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) und dann der sogenannten Deutschen Arbeitsfront (DAF).

Er war für die KPD im Widerstand. Am 30. Oktober 1936 wurde er verhaftet und acht Wochen im Polizeipräsidium in Berlin-Alexanderplatz inhaftiert. Nach einem Jahr in U-Haft wurde er am 9. Dezember 1937 vom Kammergericht Berlin wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach der Haftentlassung wurde er in der AEG-Turbinenfabrik in Berlin-Moabit, Huttenstraße, dann in der Firma Piron in Berlin-Reinickendorf beschäftigt.

1945 wurde Willi Daebel Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), dann der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Von April 1946 bis September 1949 war er bei der Kriminalpolizei angestellt.

Minna Dohmann geb. Schettler wurde am 29. Mai 1896 in Grünhaus/Ostpreußen (heute Seljonoje/Russland) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte sie den Beruf der Lageristin. Danach war sie im Beruf, dann als Werkstattschreiberin, ab November 1916 als Hilfsschwester beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) tätig. Ihre Eltern Karl und

Henriette Schettler waren Kleinbauern. Minna Schettler ging 1919 zum ersten Mal die Ehe ein. Seit 16. Februar 1935 war sie dann mit Waldemar Dohmann verheiratet. Sie gehörte seit Januar 1919 dem Deutschen Verkehrsbund (DVBu) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), seit 1920 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), seit 1921 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), seit 1923 dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und auch dem Arbeitersportverein (ASV) »Fichte« (Sanitäterin), der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO), der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) und der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) an. Sie nahm an den revolutionären Kämpfen 1919 bis 1923 als Samariterin teil. Ab 1923 wurde Minna Dohmann als Revisorin in der Firma Pintsch in Berlin-Friedrichshain, Andreasstraße, ab 1925 als Lageristin in der Konsumgenossenschaft in Berlin-Lichtenberg, 1927 bis 1930 als Lageristin in der Firma Kahnemann in Berlin beschäftigt. 1930 wurde sie gemäßregelt und war deshalb von 1930 bis 1935 arbeitslos. Sie wohnte zu dieser Zeit in Berlin-Friedrichshain, Stralauer Platz 17.

Minna Dohmann befand sich von 1933 bis 1936 im Widerstand für die KPD und RHD. Sie verbreitete illegale Materialien. Im April 1936 wurde sie verhaftet, am 19. März 1937 allerdings wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. 1935 bis 1941 war sie als Gold- und Silberstickerin dienstverpflichtet worden. 1941/42 arbeitete sie als selbständige technische Zeichnerin. 1942 bis 1944 war sie technische Zeichnerin in der Reichsbahndirektion Berlin.

1945 wurde Minna Dohmann Mitglied der KPD, dann der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Von September 1945 bis 1947 war sie als Köchin in einer sowjetischen Offiziersküche in Berlin-Friedrichshain, dann beim Kreisvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in Berlin-Friedrichshain bzw. Berlin-Mitte, schließlich im Bezirksvorstand des FDGB in Berlin angestellt. Minna Dohmann verstarb am 8. September 1966.

*Dr. sc. phil. Hans-Joachim Fieber,
Historiker*

Die Berliner VVN-BdA

Vorstand:

Dr. Hans Coppi (Vorsitzender),
Gisela Lingenberg (Schatzmeisterin),
Andreas Barth, Klaus-Frieder
Böhne, Anne Hunger, Michael
Landmann, Tobias P. Jachmann,
Mathias Wörsching
Geschäftsführer: Markus Tervooren

Geschäftsstelle:

Berliner VVN-BdA e. V.
Magdalenenstr. 19
10365 Berlin
Telefon: 0 30/ 55 57 90 83-0
Telefax: 0 30/ 55 57 90 83-8
E-Mail: berlin@vvn-bda.de
Internet: <http://berlin.vvn-bda.de>
Leitung: Jutta Harnisch

Geschäftszeiten:

Mo - Fr 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Die Gliederungen:

als Bezirksorganisationen
BO Mitte
BO Friedrichshain-Kreuzberg-Mitte
BO Prenzlauer Berg
BO Weißensee/Hohenschönhausen
BO Hellersdorf/Marzahn
BO 8. Mai

als Kreisvereinigungen

VVN-BdA Berlin-Pankow e. V.
BdA Hohenschönhausen/
Weißensee e. V.
VVN-BdA Lichtenberg e. V.
BdA Treptow e. V.
VVN-BdA Köpenick e. V.
VVN-VdA e. V. mit den
lokalen Gruppen
Reinickendorf (Nord)
Südwest (Süd)
Spandau

als korporative Mitglieder

Antifaschistische Initiative Moabit
Antifa Hohenschönhausen
North East Antifascists
Förderverein zum Gedenken an die
Naziverbrechen um das und auf dem
Tempelhofer Flugfeld e. V.

Bankverbindung:

Postbank Berlin
IBAN: DE18100100100315 904105
BIC: PBNKDEFF

Verständnisvoller Lehrer und Prediger

Erinnerung an Rabbiner Martin Riesenburger zu seinem 120. Geburtstag

Im Judentum ist es üblich, einem Jubilär anlässlich seines Geburtstages »ein Leben bis einhundertzwanzig« zu wünschen, dem Lebensalter des biblischen Moses. Dieses Alter würde im Mai dieses Jahres ein Mann erreichen, der in der jüngeren Geschichte der Berliner Jüdischen Gemeinde eine durchaus herausragende Position einnahm.

Am 14. Mai 1896 wurde Martin als Sohn der Eheleute Heimann und Amalie Riesenburger in Berlin geboren. Er war ein begabtes Kind, erhielt schon frühzeitig Klavierunterricht und besuchte später das Stern'sche Konservatorium. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verdiente er sich seinen Unterhalt anfänglich als Klavierlehrer, amtierte daneben aber auch als Kantor und Religionslehrer. Kurzzeitig hat er wohl auch als Schauspieler am Stadttheater Meißen gewirkt. Dort lernte er Klara Linke kennen, die er im Mai 1925 standesamtlich heiratete. Nach entsprechender Vorbereitung trat sie zum Judentum über, und die rituelle Hochzeit wurde 1930 in Berlin vollzogen. Früheren Neigungen entsprechend nahm Riesenburger ein Studium an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin auf.

Am 1. Juni 1933 trat er offiziell in den Dienst der Berliner Jüdischen Gemeinde und übernahm das Amt des Seelsorgers für die Bewohner des Altenheimes in der Großen Hamburger Straße 26. Daneben setzte er seine Ausbildung zum Rabbiner fort. Nach der Umwandlung des Altenheimes in ein Durchgangslager für die Transporte der Berliner Juden in die Massenvernichtungslager fand er seine Anstellung auf dem Friedhof in Weißensee, wo er nun auch seinen Wohnsitz hatte. In den frühen 40er Jahren amtierte er bei hunderten von Beisetzungen an der Seite von trauernden und verzweifelten Angehörigen, oft aber auch als alleiniger Begleiter. Daneben bemühte er sich, gerettete jüdische Kultgegenstände, darunter über 500 Thorarollen, auf dem Friedhofsgelände zu verbergen. In dieser Zeit war es einzelnen verfolgten Juden auch möglich, zeitweilig in bestimmten Erbbegräbnissen zu übernachten. Nachdem die Synagogen geschlossen waren, hielt Riesenburger hier auch heimlich Gottesdienste ab. Über diese Zeit bis zur Befreiung im Mai 1945

berichtete er in seinen 1960 erschienenen Lebenserinnerungen »Das Licht verlöschte nicht – Ein Zeugnis aus der Nacht des Faschismus«.

Nach dem Krieg arbeitete Riesenburger als Prediger in der Berliner Gemeinde, an deren Wiederaufbau als Instituti-



Foto: privat

on er sehr intensiv beteiligt war. Neben der Synagoge am Fränkelufer und dem Altenheim in der Iranischen Straße wurde sehr bald die Synagoge in der Rykestraße sein fester Arbeitsplatz.

Nach der Spaltung der Berliner Gemeinde im Januar 1953 stellte er sich der kleineren Ostberliner Gemeinde als geistliches Oberhaupt zur Verfügung. Im gleichen Jahr weihte er die umfassend renovierte Synagoge Rykestraße ein und gab ihr den Namen »Friedenstempel«. Von diesem Zeitpunkt an war er der alleinige Lehrer und geistliche Betreuer der Gemeindemitglieder im Ostteil der Stadt.

Meine Erinnerungen als Jugendlicher bewahren ihn als einen begnadeten Prediger, insbesondere zu den Feiertags-gottesdiensten, wobei er stimmungsgewaltig und ohne Mikrofon den Raum füllte. Gleichzeitig war er Lehrer der Jugend und amtierte bei den 14-tägigen Sabbathfeiern im Berliner Rundfunk, die er ebenso wie die Tätigkeit auf dem Weißenseer Friedhof gemeinsam mit dem

Oberkantor der Westberliner Gemeinde, Estrongo Nachama, gestaltete.

Anfänglich nur der Rabbiner der Berliner Gemeinde, wurde später sein Amt auf die weiteren Gemeinden in der DDR ausgeweitet und brachte ihm den Titel eines Landesrabbiners ein. Er war es auch, der mich nach Abschluss meines Medizinstudiums bat, als Mohel (Beschneider) der Gemeinde zu amtieren. Wir konnten einige dieser Zeremonien bei neugeborenen Knaben gemeinsam durchführen.

Parteilospolitisch ungebunden, setzte er sich im Friedensrat der DDR nachdrücklich für dessen Aktivitäten ein und beteiligte sich am christlich-jüdischen Dialog. Anlässlich seines 65. Geburtstages 1961 wurde er von der DDR-Regierung mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold geehrt und von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde. Riesenburger verstarb am 14. April 1965. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Friedhof in Weißensee in der den hervorragenden Persönlichkeiten der Gemeinde vorbehaltenen Ehrenreihe.

Seit 1987 gibt es im Neubaugebiet Hellersdorf eine nach ihm benannte Straße. Der Kreis der Personen, die sich seiner als ausdrucksvollem Redner und verständnisvollem Lehrer erinnern, ist leider immer kleiner geworden. Nicht zuletzt deshalb ist es für mich eine Mizwah (hebr. »religiöses Gebot«), an ihn und sein Wirken zu erinnern.

Dr. Peter Kirchner

Unser Blatt ist das Informationsblatt der Berliner VVN-BdA und erscheint dreimal im Jahr. Die Abgabe ist kostenlos.

Anschrift:

Berliner VVN-BdA e.V.,
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin,
Telefon: 030-55 57 90 83-0,
Fax: 030-55 57 90 83-8,
mail: berlin@vvn-bda.de

Redaktion:

Dr. Hans Coppi
Jutta Harnisch

Satz und Layout:

Juliane Freytag

Druck:

Union Druckerei Berlin

Antiziganistische Vorurteile – bis heute

Vor 80 Jahren wurde das Zwangslager für Sinti und Roma in Marzahn eingerichtet

Der Völkermord an den Juden, der Holocaust, kam nicht über Nacht. Er begann mit Diskriminierung und Ausgrenzung 1933 und endete in den Vernichtungslagern. Diese Geschichte ist bekannt.

Genauso verlief er beim nicht so bekannten Porajmos (romanes für: »das Verschlingen«), dem Völkermord an den Sinti und Roma, dem Schätzungen zufolge etwa eine halbe Million Angehörige dieser Minderheiten zum Opfer fielen. Man knüpfte auch hier an jahrhundertealte Vorurteile, die Traditionen des Antiziganismus, an.

Wie Juden wurden auch Sinti und Roma 1935 durch die Nürnberger Rassegesetze zunächst zu Bürgern zweiter Klasse erklärt. Die praktische Ausgrenzung, die Isolierung und Absonderung in Lager, ging aber schneller vonstatten, unterstützt von größeren Teilen der Bevölkerung.

»Die Zigeuner neigen zu Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.« Dieser Satz stammt aus einem Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956, das den Sinti und Roma die Entschädigung für den Völkermord der Nazis verweigerte. Hier werden dieselben rassistischen Klischees und Vorurteile angeführt, die schon den Nazis als Rechtfertigung für ihr Vorgehen dienten.

1936 fanden in Berlin die Olympischen Spiele statt – für Hitlerdeutschland die Gelegenheit, sich propagandistisch der Welt zu präsentieren. Die Hetze gegen Juden wurde etwas zurückgestellt, und die Nazis wollten der Welt das Bild eines »sauberen Landes« vermitteln. Da passten »Zigeuner« nicht hinein, sie sollten aus dem Stadtbild Berlins verschwinden – und nicht nur für die Dauer der Olympischen Spiele! Noch vor der von Hitler vorgenommenen Eröffnung der Spiele am 1. August erging zum 16. Juli 1936 die Anweisung an alle Berliner Polizeidienststellen, alle »Zigeuner« (und wen man dafür hielt) systematisch festzunehmen und in ein neu errichtetes Lager nach Marzahn zu überführen. In den frühen Morgenstunden schlugen die Polizisten

zu, auf bereitgestellten Lastwagen wurden die Menschen abtransportiert. Ziel war Marzahn, am Stadtrand gelegen, neben den stinkenden Rieselfeldern. »Berlin-Marzahn Rastplatz« war der euphemistische Name. Teils in Wohnwagen, in Baracken oder unter freiem Himmel schlafend, waren die Menschen sich selbst überlassen. Die Verhältnisse waren sehr beengt.

Bewacht wurde das Lager von mindestens fünf Polizisten mit scharfen Hunden. Die »Rassenhygienische Forschungsstelle« nutzte das Lager für ihre pseudowissenschaftlichen Untersuchungen. Die Menschen wurden vermessen und katalogisiert, um die »rassische Minderwertigkeit der Zigeuner« zu beweisen. In ihrem Buch »Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn. Alltag, Verfolgung und Deportation« hat Patricia Pientka dies alles genau beschrieben, es sei hier empfohlen.

Viele der zunächst 600 hier einge-

Männer wurden von hier ins KZ Sachsenhausen und von dort in weitere Konzentrations- und Arbeitslager überführt.

Die Aufarbeitung der Geschichte des Porajmos und des »Zigeunerlagers« zeigt, dass die Kontinuitäten bis heute reichen. Hans Globke, Miturheber der Nürnberger Rassegesetze, bewirkte mit dem von ihm verfassten Kommentar, dass diese auch für Sinti und Roma galten. Er wurde unter Adenauer Chef des Bundeskanzleramtes. Das zitierte BGH-Urteil schloss Sinti und Roma von der Entschädigung aus.

In der DDR waren sie spätestens seit den 60er Jahren als Verfolgte des Naziregimes anerkannt und erhielten entsprechende Leistungen. Allerdings fehlte auch in der DDR die Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den Sinti und Roma, so blieb der Ort des ehemaligen Zwangslagers in Berlin-Marzahn den nachwachsenden Generationen weitgehend unbekannt.



Ort der Erinnerung und Information am Standort des ehemaligen Zwangslagers Marzahn

pferchten Menschen, später waren es bis zu 1.000 Menschen, führte ihr Leidensweg nach Auschwitz-Birkenau: Das Marzahner Lager wurde im März 1943 aufgelöst. Auf Befehl Heinrich Himmlers wurden die letzten Überlebenden in das dortige »Zigeunerlager« überführt. Doch vorher diente das Lager Marzahn neben der Exklusion, dem Ausschluss, vornehmlich als Reservoir für Zwangsarbeiter. Sie wurden überwiegend im Straßenbau, aber auch in Fabriken eingesetzt, Kinder und Jugendliche waren davon nicht ausgenommen. Vor allem

Leo Karsten, Leiter der »Dienststelle für Zigeunerfragen« bei der Berliner Polizei, wurde nach dem Krieg als »Gutachter und Experte zu Entschädigungsfragen für Sinti und Roma« geladen. Unter anderem seine Aussage führte dazu, dass der Berliner Senat das Marzahner Lager lange nicht als Zwangslager anerkannte, denn: »Die Zigeuner konnten dort ihrer Art folgen.« Diese Kontinuität rassistischen Denkens und Handelns zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik gegenüber Sinti und Roma bis heute.

Frieder Böhne

Zehn Jahre »Liberationsweeks«

NEA beschäftigen sich mit der Rolle Berlin-Buchs in der »Aktion T4« und Neonazis vor Ort

Die »North East Antifascists« (NEA) wohnen im Nordosten Berlins und haben dort ihr antifaschistisches Wirkungsfeld – Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee und Hohenschönhausen. Sie sind korporatives Mitglied in der Berliner VVN-BdA. In ihrem Aufruf heißt es:

Die brennenden Geflüchtetenunterkünfte 2015 und die Wahlergebnisse der AfD 2016 belegen, dass der rechte Ungeist auch 71 Jahre nach 1945 noch lange nicht tot ist. Auch die ewige Mär von »nützlichen« und »unnützen Menschen« ist keine Erfindung der AfD, sondern hat ihre historischen Vorläufer bereits vor und im Nationalsozialismus. Jene Entwicklungen fordern geradezu einen Abgleich zwischen den Argumentationen (historischer) Nazis und der »besorgter Bürger*innen«.

In diesem Jahr wollen wir einen Schwerpunkt der »Liberationsweeks« auf Berlin-Buch legen. Denn Buch gehört nicht nur zu den Berliner Nazi-Hotspots, sondern hat auch eine lange braune Geschichte.

»Aktion T4«

In Pankow-Buch existierten in den 1930er-Jahren die größten Krankenhäuser und Heilstätten Europas, bekannt für ihre Hirnforschung und die Genetik. Auch sie wurden zu einem Bestandteil in der Ermordung von durch die Nazis als »nicht lebenswert« stigmatisierten Menschen.

Adolf Hitlers formloser Befehl (1. September 1939) ermächtigte den Reichsleiter Philipp Bouhler und den Arzt Dr. med. Karl Brandt zur »planwirtschaftlichen Erfassung« aller Heil- und Pflegeanstaltspatient*innen, um deren Tötung zu veranlassen. Zwischen Januar 1940 und August 1941 ermordeten die Nazis und deren Krankenwesen rund 70.000 Menschen auf Grund von »Schwachsinn« oder »Behinderung«. Neben rassenhygienischen Vorstellungen der Eugenik wurden kriegswirtschaftliche Erwägungen zur Begründung herangezogen. Der Massenmord wurde unter der euphemistischen Bezeichnung »Euthanasie« (»der gute Tod«) vollzogen. Die Aktion wurde als »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, »NS-Krankensterben« bekannt. Namensgebend für das



Abtransport von Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau am 2. Oktober 1940

mittlerweile gebräuchliche Kürzel Aktion T4 war die Zentrale für die Leitung der Ermordung behinderter Menschen im gesamten Deutschen Reich in der Tiergartenstraße 4 in Berlin-Mitte. Sie war zudem mit dem Einsatz und der Bezahlung der ersten KZ-Kommandanten von Belzec, Sobibor und Treblinka betraut.

Tötungen in Berlin-Buch

Bereits 1933 wurden aus den Bucher Krankenhäusern über 100 Ärzt*innen, Angestellte und Arbeiter*innen aus politischen und »rassischen« Gründen entlassen. Obwohl nicht als Tötungsanstalt geltend, wurden von Buch ab März 1940 insgesamt etwa 3.000 Menschen in eben jene »verlegt«, hauptsächlich nach Bernburg und Brandenburg/Havel. Die Sterbezahlen im Krankenhaus Buch selbst stiegen ebenfalls an: von 1.621 Todesfällen im Jahr 1933 auf 5.695 im Jahr 1942 – der Hochphase der »Aktion T4«. Der Großteil der Patient*innen wurde durch Mangelernährung, Vernachlässigung und das Spritzen überdosierter Schlafmittel getötet. Auch in Buch gab es den Versuch, die »Aktion T4« geheim zu halten, jedoch geht die Lokalhistorikerin Rosemarie Pumb (»Ein Ort schweigt«) davon aus, dass mindestens 1.000 Bucher*innen gewusst haben müssen, was hier geschah.

»Vererbungslehre«

Während die ersten Morde hauptsächlich Menschen mit so genannter Behinderung betrafen, wurde der Personen-

kreis in der zweiten Phase der »Aktion T4« (1940) auf Arbeitslose, Tuberkulosekranke, Arbeitsunwillige und Wohnungslose ausgeweitet – der Vernichtungsmaschinerie fielen weitere 130.000 Menschen zum Opfer. Jene Gruppe fassten die Nazis unter dem Begriff »Asoziale« zusammen. Sie mussten in den Vernichtungslagern den schwarzen Winkel tragen und wurden zum großen Teil zwangssterilisiert, da die Nazis und die Eugenik-Forschung davon ausgingen, dass z. B. der Lebenswandel von Wohnungslosen vererbbar sei. 400.000 Menschen waren davon betroffen.

Jene Ansätze von NS-Vererbungslehre finden auch heute ihre Wiedergänger – in Personen wie Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky. Deren als wissenschaftlich verpackte Polemik gegen Erwerbslose geht von vererbbarer »Dummheit« aus – nicht davon, dass Menschen sich entsprechend ihrer Umstände entwickeln. Zurzeit begnügen sich die politischen Sprecher*innen des deutschen Sozialchauvinismus mit Appellen für mehr Elitförderung: Akademiker-Eltern sollen durch staatliche Zuschüsse in ihrem Entschluss fürs Kinderkriegen bestärkt werden. Nur so könne dem Anwachsen einer »unnützen« »Unterklasse« entgegengewirkt werden. Dies findet sich auch bei der AfD wieder. Sie will Kinder aus Besserverdienerfamilien fördern und die Hartz-Vier-Sätze absenken. Erwerbslose sollen so, ganz im Sinne der bestehenden Regierungsdoktrin, aus der »sozialen Hängematte« gescheucht werden. Denn wer nicht arbeitet, habe auch kein Anrecht auf ein würdiges Leben.

Die systematische Ermordung »unwerten Lebens« wurde bis zum Untergang des »Dritten Reichs« ausgeübt. Uns ist bewusst, dass viele Menschen, die zu NS-Zeiten mit dem Stigma »asozial« oder »schwachsinnig« belegt waren, auch nach der Zerschlagung Nazi-Deutschlands weiterhin Diskriminierung erlebten. Dennoch bedeutete die Befreiung das Ende des millionenfachen Mordens. Abgeschlossen wäre die Befreiung jedoch erst, wenn jedwede Form von Unterdrückung beendet wäre. Weil dem (noch) nicht so ist, gilt es zu erinnern und immer weiter zu kämpfen.

Entschädigungsrenten erhöht

Wie uns erst jetzt bekannt wird, ist zum zweiten Mal seit 1992 die Entschädigungsrente erhöht worden, die aufgrund des Gesetzes über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 22. April 1992 (Entschädigungsrentengesetz – EntschRG) gezahlt wird. Grundlage ist der § 2 Abs. 3 des EntschRG, in dem es in der Fassung vom 22. Dezember 2011 heißt: »Die Entschädigungsrenten nach Absatz 1 und 2 werden um den Vomhundertsatz erhöht, um den die Mindestrenten nach § 32 des Bundesentschädigungsgesetzes in Anlehnung an die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamten durch Rechtsverordnung jeweils angehoben werden. Die Erhöhung erfolgt erstmals, wenn und soweit eine im Mai 1992 unterstellte Rentenleistung in Höhe von monatlich 512,50 Euro bei Anpassung nach Satz 1 den Betrag von monatlich 717,50 Euro übersteigt.«

Abs. 1 besagt, dass die Entschädigungsrente für diejenigen Personen, die die Ehrenpension bis zum 30. April 1992 erhalten hatten, 717,50 Euro monatlich beträgt, Abs. 2 regelt die Höhe der Entschädigungsrente für arbeitsunfähige Witwen/Witwer, Halbwaisen sowie Vollwaisen.

Nachdem eine erstmalige Anhebung der vollen Entschädigungsrente ab 1. Oktober 2012 um monatlich 25,80 Euro in Kraft trat, kam rückwirkend zum 1. August 2014 eine Erhöhung um weitere 37,17 EUR pro Monat hinzu.

Diejenigen Bezieherinnen und Bezieher der Entschädigungsrente, die bisher keinen Bescheid über die Erhöhung erhalten haben, sollten sich an die Deutsche Rentenversicherung Bund, Abteilung Grundsatz, Sonderaufgaben, Ruhrstraße 2, 10709 Berlin, Tel. (030) 865-0 oder Postanschrift: 10704 Berlin, wenden. Das gilt auch für Hinterbliebene, wenn der Bezieher der Entschädigungsrente

in der Zeit seit 1. Oktober 2012 verstorben ist; denn es gibt für die Hinterbliebenen einen Anspruch auf Nachzahlung für die entsprechenden Lebensmonate. Die Bezirks-/Basisorganisationen bzw. die Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA helfen bei Unklarheiten oder der Abfassung der Briefe.

Jutta Harnisch

Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 7. August 1936

Das spanische Volk steht im schwersten Kampf um seine Freiheit. Der Sieg der spanischen Volksfront ist ein Sieg der Demokratie und des Friedens in Europa. Die Niederlage der spanischen Volksfront wäre eine gewaltige Stärkung des Faschismus, besonders des Hauptkriegstreibers Hitler, und eine gefährliche Bedrohung der Volksfront in Frankreich. Alle Friedensfreunde haben deshalb nur ein Ziel: Franco, den blutigen Verbündeten Hitlers, zu schlagen. Wir appellieren an alle militärisch ausgebildeten deutschen Antifaschisten im Ausland, sich der spanischen Volksfront als Soldaten zur Verfügung zu stellen. Meldet euch bei den euch bekannten verantwortlichen Funktionären.

Festveranstaltung in der WABE

Es ist eine gute Tradition geworden, zum Tag der Erinnerung und Mahnung eine Festveranstaltung durchzuführen, zu der wir unsere hochbetagten Kameradinnen und Kameraden, überlebende Verfolgte der Nazizeit und Begleitpersonen einladen. In diesem Jahr findet sie am 21. September statt. Wir werden Bilanz unserer Arbeit ziehen und über unsere Aufgaben nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu Berlin sprechen. Natürlich werden wieder Hans-Joach-

im Scheitzbach und Musikerfreunde ein Konzert geben, und auch für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Die Einladungen werden im Juli versandt, um Antwort bis Ende August bei der Geschäftsstelle wird gebeten, um rechtzeitig Transportmöglichkeiten zu organisieren.

Ziegenhals-Ausstellung neu

Der Freundeskreis »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« Ziegenhals e. V. hat am 15. April 2016, dem Vorabend des 130. Geburtstages von Ernst Thälmann, in einer festlichen Veranstaltung die aus der ehemaligen Gedenkstätte Ziegenhals gesicherte Ausstellung an ihrem neuen Ort in Neukölln, Jonasstr. 29, eröffnet. Sie dokumentiert die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933, auf der Thälmann die nach der Machtübertragung an Hitler entstandene Lage analysierte und zum letzten Mal zu den Genossen sprach. Die Ausstellung hat derzeit noch keine festen Öffnungszeiten. Sie kann nach Voranmeldung unter vorstand@ziegenhals.de besichtigt werden.



Sporthaus in Ziegenhals, in dem 1933 die KPD tagte und Thälmann sprach



ICH MÖCHTE MITMACHEN!

- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.
- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

FÜR BEITRITTE

Name: _____
geb. am: _____
Beruf: _____
Telefon: _____
Adresse: _____
e-mail: _____



Bitte einsenden an:

VVN-BdA
Magdalenenstr. 19
10365 Berlin

Gedenkstättenfahrt nach Słonsk

Besichtigung des sanierten Museums und der neuen Dauerausstellung zum KZ Sonnenburg

Seit 2008 führt die VVN-VdA in jedem Jahr im Mai oder Juni eine Gedenkstättenfahrt zu Orten der antifaschistischen Mahnung und Erinnerung durch. 2016 wird das polnische Städtchen Słonsk unser Ziel. Dorthin führte uns schon 2008 unsere erste Tagesfahrt anlässlich des 70. Todestages von Carl von Ossietzky, dem wohl bekanntesten Häftling des KZ Sonnenburg. Schon damals besichtigten wir ein Museum, doch es war verfallen, Wasser tropfte von der Decke und zerstörte die Ausstellungsstücke. Im 1930 stillgelegten Zuchthaus Sonnenburg errichteten die Nazis 1933 eines der ersten Konzentrationslager, in das zuerst die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand verhafteten Kommunisten eingesperrt wurden. Später erweiterte man es zu einem KZ für alle Nazigegner hauptsächlich aus Berlin und Brandenburg, im In- und Ausland bekannt als »Folterhöhle Sonnenburg«. Nach Schließung des KZ im April 1934 wurde es wieder als Zuchthaus genutzt.

Nach Hitlers sogenanntem Nacht-und-Nebel-Erlass vom 7. Dezember 1941 wurden hier über tausend von Sondergerichten verurteilte Franzosen, Niederländer, Belgier und Norweger neben deutschen Häftlingen eingesperrt. Die Haftbedingungen waren katastrophal, die Todesrate extrem hoch. Als am 30. Januar 1945 der Kanonendonner der Roten Armee zu hören war, erschoss ein

Kommando der SS aus Frankfurt/Oder die verbliebenen 900 Gefangenen. Über die Hälfte von ihnen gehörte zu den »Nacht-und-Nebel«-Gefangenen, hinzu kamen 91 Luxemburger, die sich geweigert hatten, in der deutschen Armee für Hitler zu kämpfen. Unter den restlichen deutschen Zuchthausinsassen waren schätzungsweise 60, die als »Politische« eingesperrt waren.

Inzwischen konnte erreicht werden, dass das Museum von Grund auf saniert wurde und eine neue Dauerausstellung auf Polnisch und Deutsch erhalten hat. An diesem, von der EU geförderten Projekt war auch der internationale Arbeitskreis der Berliner VVN-BdA mit der Gestaltung einiger Tafeln beteiligt. Das

»Museum des Martyriums« wurde am 30. Januar 2015 neu eröffnet.

Am 12. Juni fahren wir vom Ostbahnhof, von dem auch 1933 der erste Transport nach Sonnenburg ging, direkt nach Słonsk und besichtigen die Ausstellung. Der Opfer des Zuchthaus und des Massakers gedenken wir mit einer Blumen niederlegung auf dem Ehrenfriedhof. Es wird Gelegenheit für Gespräche und einen Spaziergang durch Słonsk geben. Eine Mittagspause ist eingeplant. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro. Anmeldungen bitte per e-Mail an vvn-vda@antifa-net.de oder Edith Pfeiffer 030/ 7 12 47 46 (Anrufbeantworter). Anmelde-schluss ist der 27. Mai.

Frieder Böhne



Ansicht des ehemaligen Zuchthauses Sonnenburg in der neuen Dauerausstellung im Museum des Martyriums in Słonsk.

Eine neue Gedenktafel für Wolfgang Szepansky

»So etwas wie den Faschismus darf es nie wieder geben«, war das Lebensmotto von Wolfgang Szepansky. Zehntausende Schülerinnen und Schüler führte er durch das KZ Sachsenhausen, wo er selbst eingesperrt war, bis er den Todesmarsch überlebte. Für seine Verdienste bei der »Aufarbeitung der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands« wurde er 1996 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Nach hartnäckigen Bemühungen erreichten die VVN-VdA und der Verein »Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin«, dass an der Wand der ehemaligen Schultheiss-Brauerei in der Kreuz-

berger Methfesselstraße eine Gedenktafel für ihn angebracht wurde, genau an der Stelle, wo er 1933 das erste Mal verhaftet wurde.

Keine drei Jahre blieb die Tafel unbelehigt. Ende Februar 2015 entdeckten Passanten, dass die Tafel mutwillig zerstört worden war. Das war kein Akt von gewöhnlichem Vandalismus oder von spontaner Zerstörungswut, sondern eine geplante Aktion, bei der die Tafel zu Bruch ging. Nachdem das Entsetzen verklungen war, wurde am 2. Mai 2015, am 70. Jahrestag des Kriegsendes in Berlin, eine neue Tafel feierlich eingeweiht. Das ließ den Tätern keine Ruhe.

Schon Ende August erfolgte der zweite Anschlag. Diesmal wurde die Tafel komplett gestohlen.

Anfang Juli, der Termin stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest, wird die Gedenktafel für Wolfgang Szepansky nun erneut angebracht. Dieses Mal wird sie teilweise in die Mauer eingelassen, so dass sie nicht mehr auszuhebeln ist. Um dies zu erreichen, waren umfangreiche Vorarbeiten nötig, dazu wurde auch der Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain gewonnen, der das Anliegen nach einstimmigem BVV-Beschluss auch materiell unterstützt hat.

Frieder Böhne

Frieden bewahren durch Brücken bauen

Die Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. stellt sich vor



Foto: Friedensglockengesellschaft Berlin

Die Friedensglockengesellschaft beim Ostermarsch 2016

Anders als man beim Lesen unseres Vereinsnamens annehmen könnte, sind wir keine religiöse Vereinigung – wenngleich wir das friedenspolitische Zusammenwirken mit religiösen Strukturen nicht ausschließen. Um Frieden zu erhalten, brauchen wir breite Bündnisse von Friedensaktivistinnen und -aktivisten. Ausgrenzung war schon immer falsch und erst recht, wenn es um Krieg oder Frieden geht. Die Grundlage unseres gemeinsamen Handelns bleibt das Bekenntnis zu antifaschistischen Grundpositionen!

Unser friedenspolitischer Schwerpunkt ist der Kampf »für eine Welt ohne Atomwaffen«. Unser Name unterstreicht die Symbolik und den engen Zusammenhang mit den insgesamt in 24 Staaten der Welt stehenden Weltfriedensglocken und insbesondere mit der von Berlin.

Diese Symbolik lebendig zu halten, ist Grundanliegen unserer friedenspolitischen Vereinsarbeit.

Jährlicher Höhepunkt unserer Aktivitäten ist der 6. August, den wir als Tag der Erinnerung und Mahnung im Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki von 1945 im Zusammenwirken mit verschiedenen Bündnispartnern begehen.

Dass diese Gedenkveranstaltung an der Weltfriedensglocke Berlin im Volkspark Friedrichshain immer mehr

ins Bewusstsein von Berlinerinnen und Berlinern rückt, zeigt die zunehmende Zahl der Teilnehmenden.

Einen wichtigen Beitrag sehen wir darin, junge Menschen zu erreichen und ihren Blick für geschichtliche Zusammenhänge zu schärfen. Wir wollen ihnen Alternativen und Möglichkeiten für eigenes friedenspolitisches Handeln aufzeigen.

So führen wir z.B. im Rahmen von Projektwochen an Schulen eine »Doppelstunde für den Frieden« durch. Dabei nutzen wir auch Angebote von Bündnispartnern oder die umfangreichen Kenntnisse langjähriger Friedensaktivisten und -aktivistinnen. Wir treten gemeinsam vor den Schülerinnen und Schülern auf, zeigen ihnen unsere Hiroshima-Nagasaki-Ausstellung bzw. den Film als vielfältige Angebote, sich mit geschichtlichen Ereignissen und friedenspolitischen Themen auseinander zu setzen.

Damit unterstützen wir auch die Kampagne »Bundeswehr raus aus den Schulen«. In einer Zeit, wo für Bundeswehr und Waffendienst »in aller Welt« geworben werden, sollte die Erziehung zugewaltfreier Konfliktlösung – oder die Friedenserziehung – gleichberechtigt an den Schulen stattfinden! Das ist ein dringendes Gebot zivilisatorischen Zusammenlebens. Junge Menschen erreichen wir auch, indem wir unter dem

Motto »Die Friedenstaube fliegt« jährlich zum Internationalen Kindertag an der Weltfriedensglocke Berlin im Volkspark Friedrichshain mit Kita-Gruppen und Grundschulklassen zum Malwettbewerb oder zu Bastelstunden zum Thema Frieden einladen.

Unsere Hiroshima-Nagasaki-Ausstellung präsentieren wir überdies bei unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen – auch im öffentlichen Raum. Breite Bevölkerungsschichten wollen wir so für das Thema der nuklearen Gefahren, vor allen durch Atomwaffen, sensibilisieren.

Aus der Breite und Vielfalt unserer Aktivitäten sei hier auch auf den Grundzusammenhang von Friedensarbeit und Antifaschismus verwiesen. Wer Friedensarbeit mit rechtem und faschistischem Gedankengut kombiniert, oder auch nur ansatzweise in Verbindung zu bringen sucht, behauptet auch, dass Feuer zu Wasser werden kann!

Doch anstelle von Pauschalisierungen, Totschlagsargumenten und Denunzierung müssen wir in eine faire politische Auseinandersetzung treten. Alles andere stärkt Kriegstreiber in Politik und Medien. Wir müssen denen in ihrem Bemühen einen Strich durch die Rechnung machen, die Friedensbewegung klein, unbedeutend und ineffektiv zu halten. Wir werden als Verein mit all jenen Kräften zusammen arbeiten, die antifaschistische Grundpositionen vertreten!

Den Kampf um die Erhaltung der Straßennamen von Antifaschisten, ihre Kenntlichmachung durch Straßenzusatzschilder und das Gedenken an sie im öffentlichen Raum sehen wir ebenfalls als eine wichtige Friedensaktivität.

Seit einigen Jahren führen wir Bustouren zu historischen Orten bzw. Gedenkstätten und besonders zu Kultur- und Naturstätten durch. Am 16. Juli 2016 geht es mit Interessierten zur Gedenkstätte Belower Wald und nach Wittstock.

Das gemeinsame Erleben von geschichtlichen Zusammenhängen an Orten des Schreckens und menschlichen Leids, aber auch das Genießen der Schönheit von Natur und Kultur, festigt den Willen aller, gemeinsam etwas für den Erhalt unserer so bedrohten Welt zu tun.

Bernd Mewes

Veranstaltungen zum 71. Jahrestag der Befreiung

23. April, 10.00 Uhr

BdA Hohenschönhausen/Weißensee, »Aber ich sah ja selbst, das war der Krieg«. Lesung der Kriegstagebücher von Konrad Wolf und Gespräch mit Dr. Emmi Wolf geb. Stenzer, ehem. Angehörige der Roten Armee, Bürgerschloss Hohenschönhausen, Hauptstraße 44, 13055 Berlin-Alt-Hohenschönhausen

23. April, 15.00 Uhr



VVN-BdA Köpenick, Gedenkkundgebung zum 71. Jahrestag der Befreiung Köpenicks, Platz des 23. April

23. April, 15.00 Uhr

Förderverein zum Gedenken an Naziverbrechen um das und auf dem Tempelho-

fer Flugfeld e. V., Gedenkveranstaltung 71. Jahrestag der Befreiung des Flughafens Tempelhof. Vortrag: »Adler und Kranich. Die Lufthansa und ihre Geschichte 1925 bis 1955«, Dr. Lutz Budrass, Historiker an der Ruhr-Universität Bochum. Alte Zollgarage, ehemaliger Flughafen Tempelhof, Platz der Luftbrücke, 12101 Berlin

2. Mai, 17.00 Uhr

VVN-VdA Gruppe Spandau, Gedenkstunde für Wladimir Gall, Zitadelle Spandau, an der Gedenktafel für Wladimir Gall und Major Wassili Grischin

6. Mai, ab 9.00 Uhr

BdA Hohenschönhausen/Weißensee, North East Antifascists (NEA), Gedenkstätten-Tagesfahrt nach Brandenburg: Besuch der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde und der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden, Treffpunkt: Alexanderplatz, Busparkplatz des Park Inn Hotels

7. Mai, 10.00 Uhr

BO Marzahn/BO Hellersdorf: Teilnahme an den Kranzniederlegungen der BVV und des Bezirksamtes. Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg 10, 12679 Berlin und
anschl. (11.30 Uhr) Gedenkstätte Brodau-er Straße 10/12, 12621 Berlin

7. Mai, 18.00 Uhr

Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde, Abend der Begegnung anlässlich des 71. Jahrestages der Befreiung, mit ehemaligen Häftlingen des KZ-Außenlagers, evangelische Kirchengemeinde Petrus-Giesensdorf, Berlin-Lichterfelde, Ostpreußendamm 64, 12207 Berlin

8. Mai, 9.45 Uhr

BO Friedrichshain-Kreuzberg-Mitte, gemeinsam mit BVV und Bezirksamt: Gedenken für Nikolai E. Bersarin, Petersburger Str. 86-90 (an der Gedenktafel)

8. Mai

Botschaft der Republik Polen, Gedenkfeier zum 71. Jahrestag der Befreiung, Denkmal des polnischen Soldaten und der deutschen Widerstandskämpfer, Volkspark Friedrichshain

8. Mai, 10.00 Uhr

VVN-VdA Gruppe Reinickendorf, Ehrung mit roten Nelken an den Gräbern sowjetischer Soldaten und der Kinder von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen auf dem russischen Friedhof Waldstr. Russischer Friedhof, Wittestr. 37, 13509 Berlin

8. Mai, 11.00 Uhr

BO Prenzlauer Berg der Berliner VVN-BdA, Gedenkveranstaltung zum 71.

Wir gratulieren!

Unseren Jubilaren gratulieren wir ganz herzlich zum Geburtstag und wünschen Gesundheit, Optimismus und Lebensfreude!

Zum 102.:

8.7. Johanna Seifert, Treptow

Zum 100.:

28.6. Fritz Schmid, Pankow

Zum 98.:

17.8. Ursula Schüler, Prenzl. Berg

Zum 97.:

12.8. Dorothea Mehnert, Fhain-Krzb.-Mit.

Zum 96.:

19.5. Dr. Horst Behrendt, Lichtenberg
31.8. Annemarie Radünz, Lichtenberg

Zum 95.:

29.5. Ilse Langguth, Prenzl. Berg
5.6. Ruth Wieland, Treptow
10.7. Maria König, Fhain-Krzb.-Mit.
15.7. Edmund Hünigen, Fhain-Krzb.-Mit.
3.8. Günter Koch, Treptow

Zum 90.:

3.5. Hanne-Lore Munter, Pankow
28.5. Lotti Michelberger, Lichtenberg
22.6. Volkmar Harnisch, Prenzl. Berg
9.7. Marianne Brümmer, Prenzl. Berg
19.7. Marianne Knoppe, Lichtenberg
22.7. Hedwig Riedmüller, Lichtenberg
27.7. Karl-Heinz Berndt, Mitte

Zum 85.:

4.6. Renate Jagode, Köpenick
1.7. Ortrud Giebel, Mitte
3.7. Erika Rinneberg, Prenzl. Berg
7.7. Irene Jahns, Pankow
10.7. Michael Tembridis, Mitte
24.8. Ewald Jahnen, Weißensee

Zum 80.:

20.6. Ilja Moser, Jerusalem
26.7. Ellen Richter, Mitte
18.8. Erika Rathmann, Lichtenberg



Jahrestag der Befreiung mit Ansprachen und Blumenablage, Gedenkstätte für den gefallenen Rotarmisten auf dem Ostseeplatz

8. Mai, 11.00 Uhr

VVN-BdA Lichtenberg, Gedenken an den 1. Stadtkommandanten Berlins nach der Befreiung vom Faschismus, Nikolai E. Bersarin, Gedenktafel an der ehemaligen Stadtkommandantur, Alt-Friedrichsfelde 1 Ecke Rosenfelder Str.

8. Mai, 11.30 Uhr

Initiative KZ-Außenlager Lichtenfelde, Ehrung zum Tag der Befreiung, in Anwesenheit ehemaliger Häftlinge, mit Ansprachen und Blumenniederlegung. Wismarer Str. an der Eugen-Kleine-Brücke (Säule der Gefangenen), 12207 Berlin-Lichtenfelde

8. Mai, 13.30 Uhr

VVN-BdA Berlin-Pankow e. V., NEA, Antifa-Gruppen, Netzwerk für Demokratie und Respekt Buch-Karow, Kundgebung zum 71. Jahrestag der Befreiung, S-Bhf. Buch, anschl. (14.00 Uhr) Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal Buch, Wiltbergstr.

8. Mai, ab 15.00 Uhr



VVN-BdA Lichtenberg, Gedenken zum 71. Jahrestag der Befreiung am Panzer-Denkmal mit Blumen, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Str. 4

8. Mai, 18.00 Uhr

Berliner VVN-BdA und Bund der Antifaschisten Treptow, zentrale Kundgebung zum 71. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Es sprechen: Wolfgang Gehrcke, MdB, und Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation sowie der Botschaft von Belarus. Es singt der Ernst-Busch-Chor. Denkmal »Mutter Heimat« im Sowjetischen Ehrenmal in Treptow

9. Mai, 15.00 Uhr bis 22.00 Uhr

BO 8. Mai der Berliner VVN-BdA, 9. Mai – Tag des Sieges über den deutschen Faschismus: Wer nicht feiert, hat verloren! Volksfest zum 71. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus, mit deutsch-russischem Kulturprogramm auf der Bühne, Zeitzeugen, Ausstellungen, russischer Küche, Grill, Kaffee und Kuchen, Kwas, Bier und Wodka für die Großen, Kinderfest, Informations- und Bücherständen sowie Führungen zum Sowjetischen Ehrenmal.

Am Treptower Park, beim Eingang zum Sowjetischen Ehrenmal, (Höhe Botschaft der Republik Belarus)

Weitere Veranstaltungen

Berliner VVN-BdA

Termine zur Pflege der VdN-Gräber auf dem Friedhof Friedrichsfelde

23. und 30. April 2016, 21. Mai 2016 jeweils 13-16 Uhr, Treffpunkt: VdN-Gräberanlage, (Änderungen sind noch möglich. Wir nehmen teil an der Aktion »Lichtenberg putzt sich«, die voraussichtlich an einem Sonnabendvormittag im April stattfindet)

22. Juni, 19.00 Uhr

Veranstaltung zum 75. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. »Es war doch so ein herrlicher Sommertag« – Die Kinder des Internationalen Kinderheims von Iwanowo Sonja Moldt (Jg. 1929), Ulla Perner (Jg. 1933), Herbert Stein (Jg. 1932) erzählen, wie sie den 22. Juni 1941 erlebt haben. Moderation: Hans Coppi, Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Jour fixe

immer am 3. Montag im Monat um 18.30 Uhr im Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

16. Mai

Anlässlich seines bevorstehenden 100. Geburtstages erzählt Fritz Schmid aus seinem Leben und vom Widerstand gegen die Nazis. Das Gespräch führt Anne Hunger.

20. Juni

Dr. habil. Tatjana Ansbach, Juristin mit langjähriger Erfahrung in der Migrations-

beratung, liest aus ihrem Buch »Fremd«, in dem sie Schicksale von Asylbewerbern und Ausländern in Deutschland schildert.

18. Juli

Vor 80 Jahren: Errichtung des Zwangslagers für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn. Patricia Pientka berichtet anhand ihres Buches vom Umgang mit dem Ort, den Tätern und den Opfern

15. August

»Um uns selber müssen wir uns selber kümmern«: Brecht und die DDR. Gina Pietsch (voc) & Christine Reumschüssel (p) ehren mit ihrem Programm Bertolt Brecht zum 60. Todestag.

VVN-BdA Lichtenberg e. V.

24. Mai, 16.00 Uhr

Gedenken an Arvid Harnack zu seinem 115. Geburtstag, Denkmal für die Rote Kapelle, Schulze-Boysen-Str.

BdA Treptow e. V.

25. Mai, 18.00 Uhr



Willi Sitte: Der Unbeugsame. Zum 3. Todestag des deutschen Malers und italienischen Partisanen. Vortrag von Kerstin Homilius
PRO, Kieholzstr. 275, 12437 Berlin

8. Juni, 18.00 Uhr

Über die Vorwahlen in den USA berichtet Oliver Kern geb. Händler.
PRO, Kieholzstr. 275, 12437 Berlin

BdA Treptow e. V./VVN-BdA Köpenick e. V.

21. Juni, 13.00-20.00 Uhr

Beteiligung am Fest für Demokratie, Schnellerstraße, gegenüber dem Bahnhof Schöneweide

VVN-BdA Köpenick e. V.

21. Juni

Gedenken an den 83. Jahrestag der Köpenicker Blutwoche, Denkmal für die Opfer der Köpenicker Blutwoche auf dem Platz des 23. April

BO Prenzlauer Berg

15. Mai, 14.30 Uhr

Günter Drommer stellt die Kriegstagebücher von Konrad Wolf vor
Seniorenfreizeitstätte Grellstr. 14, 10409 Berlin

23. Mai, 10.30 Uhr

Öffentliche Straßenehrung zum 130. Geburtstag des antifaschistischen Widerstandskämpfers Heinrich Preuß, Grellstr. Ecke Preußstr.

15. Juni, 14.30 Uhr

Zum 80. Jahrestag der Interbrigaden. Mit Dr. Günter Wehner und Harald Wittstock (KFSR 1936-1939), Seniorenfreizeitstätte Grellstr. 14, 10409 Berlin

1. Juli

Öffentliche Straßenehrung zum 75. Jahrestag der Hinrichtung des antifaschistischen Widerstandskämpfers Heinz Kapelle, Heinz-Kapelle-Str. Ecke Kniprodestr.

9. Juli, 14.00 bis 22.00 Uhr

Teilnahme am Stierbrunnenfest im Bötzowviertel mit einem Infostand

18. August, 10.30 Uhr

Ehrung zum 72. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns. Ernst-Thälmann-Denkmal, Berlin-Prenzlauer Berg

VVN-VdA e. V.

12. Juni, 8.30 Uhr

Gedenkstätten-Tagesfahrt, gemeinsam mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e. V., mit dem Bus nach Slonsk. Abfahrt ab Parkplatz Ostbahnhof, Ankunft ca. 18.00 Uhr. Preis: 20 Euro (ohne Mittagessen), Anmeldeschluss: 27. Mai bei Edith Pfeiffer (030/ 7 12 47 46) oder vvn-vda@antifa-net.de

VVN-VdA e. V. (Gruppe Reinickendorf)

Die Veranstaltungen der Gruppe Reinickendorf finden jeweils am 3. Donnerstag

des Monats um 15.00 Uhr im Jugendfreizeitheim »Fuchsbau«, Thurgauer Str. 66, 13407 Berlin, statt.

19. Mai

Frau Dr. med. Klesse spricht über ihren Vater Dr. Max Klesse, den führenden Kopf der Reinickendorfer Widerstandsgruppe »Mannhart«.

VVN-VdA e. V. (Gruppe Spandau)

7. Mai, 12.00 Uhr

Stolpersteinputzaktion in der Spandauer Altstadt, Treffpunkt: Café Fester auf dem Spandauer Markt

North East Antifascists (NEA) 10. »Liberationweeks«

24. April, 14.00 Uhr

Fahrradtour zu Orten von Widerstand und Verfolgung im Prenzlauer Berg, Treffpunkt: S/U-Bahnhof Schönhauser Allee

3. Mai, 19.00 Uhr

Die »Aktion T4« und das Krankenhaus Buch, WB13, Am Berl 13, 13051 Berlin-Hohenschönhausen

11. Mai, 19.00 Uhr

Die »Aktion T4« und das Krankenhaus Buch, Veranstaltung gemeinsam mit Netzwerk für Demokratie und Respekt Buch-Karow und Gemeinsam gegen Rassismus Pankow, Bucher Bürgerhaus, Buch-Tresen, Franz-Schmidt-Straße 8, 13125 Berlin-Pankow

Galerie Olga Benario



Richardstr. 104, 12043 Berlin, (U7 Bhf. Karl-Marx-Str., Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)
Öffnungszeiten: donnerstags ab 19 Uhr und auf Anfrage

www.Galerie-Olga-Benario.de, E-Mail: forum@galerie-olga-benario.de

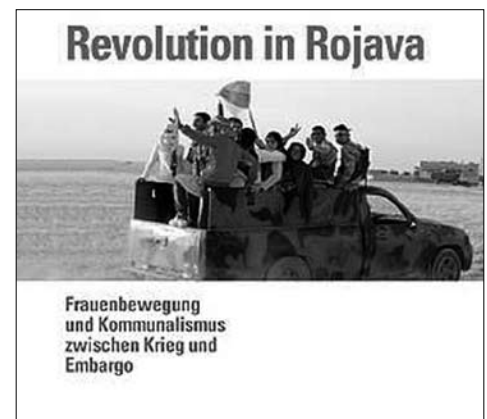
Ausstellung und Veranstaltungsreihe 14. April bis 31. Mai 2016

Back to Rojava

Bilder des kurdischen Aufbruchs in Syrien

»Rojava« (»Westen«) nennen die KurdInnen ihr Siedlungsgebiet im nordwestlichen Syrien, in unmittelbarer Nähe zur türkischen Grenze. Die Fotografien zeigen die Situation in den Kantonen Cizîrê und Kobanê: Die jezidischen Flüchtlinge, die vor dem »Islamischen Staat« aus dem Shingal-Gebirge fliehen mussten, die medizinische Versorgung in der gerade befreiten Stadt Kobanê, die Zerstörung, aber auch den Mut der kurdischen Bevölkerung für einen Aufbruch aus Ruinen. Die Ausstellung wurde von medico international erstellt.

21. April, 19.30 Uhr



Michael Knapp (Historiker), Mitautor des Buches »Revolution in Rojava«, stellt das selbstverwaltete Projekt Rojava vor.

28. April, 19.30 Uhr

»Der Freiheitskampf der Kurdinnen«, Dokumentarfilm 2016, 53 min

12. Mai, 19.30 Uhr

Martin Glasenapp, medico international, berichtet über die Ausstellung und Projekte von medico in Rojava.

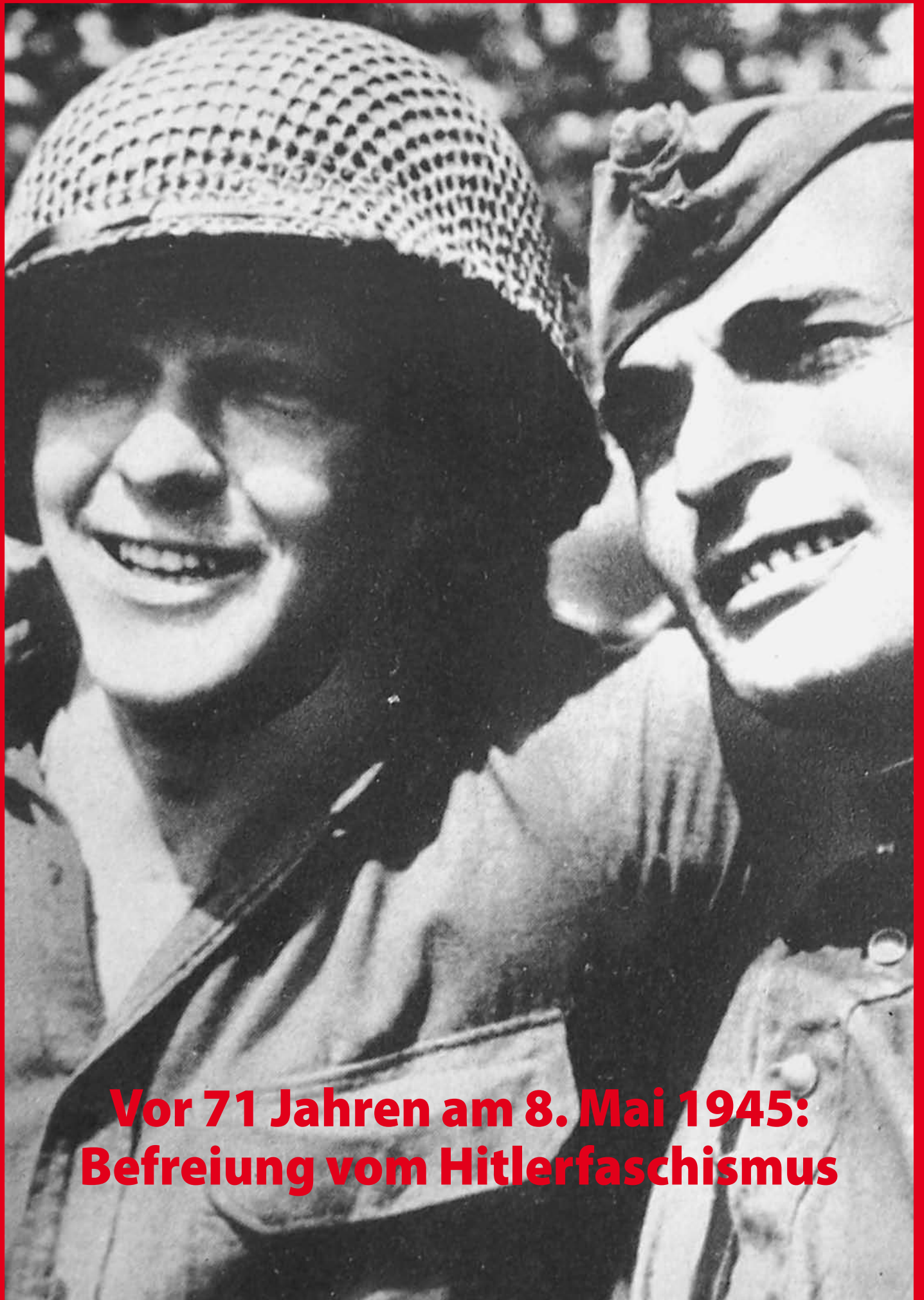
19. Mai, 19.30 Uhr

Nick Brauns informiert über die aktuelle Situation in Kurdistan, Schwerpunkt kurdische Gebiete in der Türkei.

26. Mai, 19.30 Uhr

»Min Dit, die Kinder von Diyarbakir«, Spielfilm 2009 von Miraz Bezar, 102 min

Die darauf folgende Ausstellung stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest.



**Vor 71 Jahren am 8. Mai 1945:
Befreiung vom Hitlerfaschismus**